



Interessenbekundung

für eine Beteiligung am Programmbereich
Bundesweite Förderung lokaler "Partnerschaften für Demokratie"

im Rahmen des Bundesprogramms
"Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit"

Dokumentennr.

(wird von der Regiestelle vergeben)

1. Allgemeine Informationen

Name der
Institution

Straße

Hausnummer

PLZ

Ort

Bundesland

Telefon (Vorwahl)

Nr.

Telefax (Vorwahl)

Nr.

E-Mail

Internetseite

Ansprechpartner/-in

Anrede

Titel

Vorname

Name

Funktion

Unterschriftsberechtigte Person

Anrede

Titel

Vorname

Name

Funktion

2. Angaben zum Fördergebiet

2.1 Die Förderung wird beantragt für das Fördergebiet

2.2 Bitte geben Sie die Gemeindegrenznummer (Sitz des Antragsstellers an)

2.3 Gesamtzahl der Einwohner/-innen im Fördergebiet

2.4 Gebietskörperschaft

- | | |
|-----------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> kreis angehörige Stadt | <input type="checkbox"/> kreisfreie Stadt |
| <input type="checkbox"/> Landkreis | <input type="checkbox"/> Teil eines Stadtstaats |
| <input type="checkbox"/> sonstige kommunale Gebietskörperschaft | |

Bitte erläutern Sie den Zusammenschluss der kommunalen Gebietskörperschaft näher

3. Angaben bezüglich weiterer/ bisheriger Bundesförderungen

Erhält die Gebietskörperschaft bzw. Teile der Gebietskörperschaft bereits eine Förderung aus anderen Bundesprogrammen bzw. hat das beantragte Fördergebiet bzw. Teile des Fördergebiets in den Jahren von 2011-2014 eine Förderung aus themenbezogenen Bundesprogrammen erhalten? Wenn ja, benennen Sie bitte Programm, Förderzeitraum und Höhe der Förderung.

4. Beschreibung des Fördervorhabens

4.1 Beschreibung der Problemlage

Stellen Sie den Handlungsbedarf (die Problemlage) in Ihrer Gebietskörperschaft in Bezug auf Rechtsextremismus (und bei Bedarf ggf. auch gegen andere Formen demokratie- und rechtsstaatsfeindlicher Phänomene), Gewalt und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bzw. für lokale/regionale Demokratieentwicklung konkret dar.

4.2 Vorerfahrungen

Stellen Sie wesentliche bisherige Aktivitäten und Maßnahmen Ihrer Gebietskörperschaft in Bezug auf Rechtsextremismus (bzw. andere Formen demokratie- und rechtsstaatsfeindlicher Phänomene), Gewalt und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie für die lokale/regionale Demokratieentwicklung dar.

4.3 Konzept zur partizipativen Entwicklung der "Partnerschaft für Demokratie"

Stellen Sie dar, wie Sie die relevanten zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteure in die (Weiter-) Entwicklung einer nachhaltigen kommunalen Strategie zur Bearbeitung der von Ihnen geschilderten Problemlage(n) einbeziehen. Benennen Sie zentrale Umsetzungsschritte und setzen Sie diese in Bezug zu der zu bearbeitenden Problemlage. Stellen Sie weiterhin die vorgesehene Einbindung der "Partnerschaft für Demokratie" in bestehende oder geplante kommunale/regionale Entwicklungskonzepte dar.

4.4 Benennung im Rahmen einer "Partnerschaft für Demokratie" einzubindenden Akteure

Beschreiben Sie die vorhandenen Netzwerke, zivilgesellschaftlichen Initiativen und weiteren Partner, die im geplanten Fördergebiet in der Bearbeitung von Rechtsextremismus (bzw. anderer Formen demokratie- und rechtsstaatsfeindlicher Phänomene), Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie im Feld der lokalen/regionalen Demokratieentwicklung aktiv sind und wie Sie diese Akteure in die "Partnerschaft für Demokratie" einbinden wollen.

4.5 Existiert bereits ein außerschulisches Gremium zur Jugendbeteiligung auf der Ebene der beantragenden Gebietskörperschaft (z.B. kommunales Jugendparlament o.ä.)?

Ja

Nein

Stellen Sie bitte dar, wie das (existierende oder geplante) Jugendforum an der "Partnerschaft für Demokratie" beteiligt werden soll. Stellen Sie bitte dar, wie das (existierende oder geplante) Jugendforum an der "Partnerschaft für Demokratie" beteiligt werden soll.

4.6 Beteiligungswirksame Maßnahmen der "Partnerschaft für Demokratie"

Durch welche Maßnahmen soll eine breite Beteiligung der Bevölkerung an Aktivitäten der "Partnerschaft für Demokratie" im geplanten Fördergebiet herbeigeführt werden?

4.7 Öffentlichkeitsarbeit in der geplanten "Partnerschaft für Demokratie"

Bitte stellen Sie kurz die geplanten Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit dar: Welche Produkte sollen ggf. entstehen?

4.8 Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion

Bitte beschreiben Sie Ihre Planung die Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion in einer "Partnerschaft für Demokratie".

4.9 Maßnahmen zur Qualitätssicherung in der geplanten "Partnerschaft für Demokratie"

Bitte beschreiben Sie die Maßnahmen, die zur Selbstevaluation/ zum Projektmanagement/ zum Projektcontrolling getroffen werden sollen:

5. Angaben zur Förderung/ Finanzierung**5.1 Förderzeitraum**

von:

bis:

5.2 Finanzierung**5.2.1 Finanzierungsplan**

lfd. Nr.	Ausgaben	2016	2017	2018	2019	Gesamt
1.	(externe) Koordinierungs- und Fachstelle					
2.	Aktions-/ Initiativfonds					
3.	Jugendfonds					
4.	Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit und Coaching					
5.	Gesamt					
lfd. Nr.	Einnahmen	2016	2017	2018	2019	Gesamt
1.	Eigenmittel					
2.	öffentliche Zuschüsse: EU-Mittel					
3.	öffentliche Zuschüsse: andere Bundesressorts					
4.	öffentliche Zuschüsse: Bundesland					
5.	öffentliche Zuschüsse: Städte/ Kreise					
6.	Andere Drittmittel					
7.	Sonstige Einnahmen/ Erlöse					
8.	Zuwendung Bundesmittel					
9.	Gesamt					

5.2.2 Eigenleistungen

Um die administrative Umsetzung der "Partnerschaft für Demokratie" im federführenden Amt sicherzustellen, werden folgende Eigenleistungen zur Verfügung gestellt:

Stellenbezeichnung:

Stellenanteil:

VzÄ

Eingruppierung:

Ist vorgesehen, die Koordinierungs- und Fachstelle in der kommunalen Verwaltung selbst einzurichten?

Ja Nein Gegenwärtig kann hierzu noch keine Aussage getroffen werden

wenn ja, muss die Eingruppierung von weiterem kommunalen Personal mit 0,5 VzÄ und einer Eingruppierung min. in Entgeltgruppe 9 nach TVöD erfolgen.

Stellenanteil:

VzÄ

Eingruppierung:

Ab dem Förderjahr 2017 wird für die Förderung des Aktions- und Initiativfonds sowie des Jugendfonds eine Kofinanzierung vorausgesetzt.
Sofern bereits Aussagen über Kofinanzierungen getroffen werden können, ist auf diese nachfolgend einzugehen.

--

6. Erklärung der verantwortlichen Behörde

6.1 Mit Antragsstellung und Abrechnung der Mittel soll die nachfolgende kommunale Behörde beauftragt werden:

Amt	<input type="text"/>		
Anrede	<input type="text"/>	Titel	<input type="text"/>
Vorname	<input type="text"/>	Name	<input type="text"/>
Straße	<input type="text"/>		Hausnummer <input type="text"/>
PLZ	<input type="text"/>	Ort	<input type="text"/>
Telefon (Vorwahl)	<input type="text"/>	Nr.	<input type="text"/>
Telefax (Vorwahl)	<input type="text"/>	Nr.	<input type="text"/>
E-Mail	<input type="text"/>		

6.2 Die verantwortliche Behörde versichert, dass die beantragten Mittel im Falle einer Förderung wirtschaftlich und sparsam verwendet werden und die vorstehenden Angaben und ggf. sonstige beigefügte Anlagen richtig und vollständig sind

6.3 Weiterhin erklärt die verantwortliche Behörde im Falle einer Förderung

- im federführenden Amt - entsprechend der Vorgabe in der Leitlinie - Mitarbeiter/-innen entsprechend freizustellen,
- die für das Monitoring erforderlichen programmbezogenen Daten bzw. Berichte (datentechn., Dokumentation der Einzelmaßnahmen und deren Teilnehmer/-innen, in angemessener Form), Führung des Verwendungsnachweises, Bewirtschaftung der Mittel) unter Benutzung der bereitgestellten Formulare und nach der Vorgabe der Regiestelle im BAFzA zu erheben bzw. zu erbringen,
- sein/ ihr Einverständnis, verantwortlich über die Mittelvergabe unter Beteiligung der lokalen Akteure zu entscheiden und Änderungen in der Umsetzungsplanung der Regiestelle bekannt zu geben bzw. mit dieser abzustimmen,
- mit der wissenschaftlichen Begleitforschung zusammenzuarbeiten und die erforderlichen Informationen zu geben, die für die Evaluation des Bundesprogramms und seiner Bereiche notwendig sind;'- dass eine projektbezogene Einzelabrechnung sichergestellt wird.

7. Unterschrift der vertretungsbefugten Person der Kommunalverwaltung

Ort

Datum

Stempel

Rechtsverbindliche Unterschrift der vertretungsbefugten Person der
Kommunalverwaltung

nochmals in Druckbuchstaben